

Zweiter Engagementbericht der Bundesregierung: Stellungnahme des kfd-Bundesverbandes

Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung

Düsseldorf, im Dezember 2017 – Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands ist mit rund einer halben Million Mitglieder in 5.300 Pfarrgruppen der größte Frauenverband und der größte katholische Verband Deutschlands.

Für die Mitglieder ist die kfd eine Gemeinschaft, die trägt und in der Frauen sich in verschiedenen Lebenssituationen wechselseitig unterstützen. Sie ist gleichzeitig ein Forum für Initiativen im politischen Raum, in das jede Frau Vorschläge zur Mitgestaltung der Gesellschaft einbringen kann.

Der Verband wird von Ortsebene über die diözesane Ebene bis hin zur Bundesebene getragen von ehrenamtlichen gewählten Vorständen. In den örtlichen Gemeinschaften nehmen neben den Vorständen die ebenfalls ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen im Besuchsdienst der kfd eine wichtige Rolle ein. Die Förderung und Begleitung des Engagements der Mitglieder ist für den Verband insofern ein zentrales Anliegen.

Vor diesem Hintergrund nimmt die kfd Stellung zum Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung.

Der Zweite Engagementbericht bestätigt die Entwicklung ehrenamtlichen Engagements im vergangenen Jahrzehnt hin zu einer selbstverständlichen Komponente der Lebensführung bei einem Großteil der Bevölkerung (BMFSFJ 2016, S. 9).

Dieses Engagement wird als unverzichtbar für die Gestaltung demographischer Herausforderungen durch den steigenden Altersdurchschnitt der Bevölkerung und den Zuzug von geflüchteten Menschen beschrieben.

Dabei wird aufgezeigt, welchen Beitrag Engagement leistet, um den lokalen sozialen Zusammenhalt zu stärken. Um die Vielfalt des Engagements angemessen betrachten zu können, wird in dem Bericht mit einem offenen Begriff von Engagement gearbeitet. Damit gelingt es, das große Spektrum der Verantwortungsübernahme im Kleinen wie im Großen in den Blick zu nehmen (BMFSFJ 2017, S. 77).

Spannungsfelder von Engagement

Um die gesamte Bandbreite des Engagements zu beschreiben, zeigt der Bericht verschiedene Spannungsfelder auf, in denen Menschen ehrenamtlich tätig werden. Engagement findet demnach statt zwischen:

- Freiwilligenarbeit im Sinne von praktischem Tun in einem festgelegten Bereich und Mitsprache in Form von Bürgerbeteiligung mit politischem Bezug
- Wandel durch Bewegungen, die gesellschaftliche Veränderung anstreben, und Bewahrung von Strukturen und Traditionen, die die lokale Gesellschaft prägen
- organisiertem Engagement in Vereinen und informellen Zusammenschlüssen bzw. unverbindlichen Formen gegenseitiger Unterstützung
- Einsatz für Andere zur Integration und zur Ermöglichung von Teilhabe ausgegrenzter Menschen und Stärkung des Zusammenhaltes und der Bindung innerhalb der eigenen Gruppe
- Geselligkeit als soziales Miteinander und der Pflege von Kontakten gegenüber Zweckorientierung im Sinne der Verfolgung von definierten Zielen im sozialen Raum
- selbstorganisiertes Handeln mit jeweils neu zu definierenden Zielen bzw. Engagement in zweckorientierten professionalisierten Organisationen (vgl. ebd., S. 108 ff)

Bedeutung von Daseinsvorsorge bei der Bewältigung demographischer Herausforderungen

Ein Schwerpunkt des Berichtes ist die Bedeutung des Engagements für die Daseinsvorsorge im lokalen Umfeld. Daseinsvorsorge gilt in der Diskussion um die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels als ein elementarer Begriff. Dabei bezieht sich dieser Begriff grundsätzlich auf alle öffentlichen Güter, die dem Gemeinwohl, der freien Lebensentfaltung und der Befähigung zu einem guten Leben der Bevölkerung dienen. Dazu zählen die sozialen Dienstleistungen in den Bereichen Bildung oder Gesundheit, die gemeinschaftlich orientiert und geregelt sind.

Im Mittelpunkt steht die Stärkung des Individuums und die Stärkung und Befähigung jeder/jedes Einzelnen mit ihrer/seiner Eigenständigkeit, Fähigkeiten und Unterschiedlichkeit, aber auch mit der Verantwortung gegenüber anderen (ebd., S. 325). Neben Sportvereinen, Kulturinitiativen und Dorf- bzw. Quartiersgemeinschaften tragen besonders Kirchengemeinden zur Daseinsvorsorge bei, ferner problemorientierte Initiativen wie Bürgerbusse, selbstorganisierte Freibäder, Solidargemeinschaften zur Unterstützung im Krankheits- oder Pflegefall u.v.m. (ebd., S. 327).

Zu Recht wird im Bericht darauf hingewiesen, dass freiwillig organisierte Angebote nicht dazu dienen dürfen, Versorgungslücken seitens der Kommunen zu schließen. Ähnliches passiert, wenn freiwilliges Engagement etablierte, aus einem privaten Wettbewerb hervorgegangene Strukturen verdrängt (beispielsweise im Bereich der Pflege).

Im Bericht wird die lange Tradition von Besuchsdiensten im kirchlichen Kontext und die Relevanz dieser Engagementform im Rahmen von Pflegeunterstützung benannt (ebd., S. 194, 430, 431). Insgesamt kommt den christlichen Kirchen trotz sinkender Mitgliederzahlen eine bedeutende Rolle zu. „Denn nach wie vor rekrutiert sich aus den Kirchenverbundenen ein nicht unwesentliches Potenzial für freiwilliges Engagement, gerade im sozialen Bereich“ (ebd., S. 158).

Engagementförderung

Konsequent verfolgt der Bericht die Frage, wie gerade das die Daseinsvorsorge stärkende Engagement im lokalen Umfeld gefördert werden kann. Für eine Förderung von Engagement vor Ort seien lokale engagementpolitische Ansätze notwendig. Im Vordergrund der Debatte stehen hier Freiwilligenzentren. Bund, Länder und Kommunen haben verschiedene Aktivitäten unternommen, um solche Infrastruktureinrichtungen für Engagement zu installieren. Diese „koexistieren mit traditionellen Organisationsformen von Engagement, sozialen Leistungen und Verbandswesen, die einmal entlang religiöser und weltanschaulicher Lager entstanden waren“ (ebd., S.503 ff). Dies wird zumindest kritisch reflektiert.

Dennoch finden die vorhandenen, etablierten Strukturen und lokalen Organisationsformen wie Vereine und Verbände im Bericht wenig Berücksichtigung, wenn im Rahmen des demografischen Wandels lokale Strukturen des Engagements gefördert werden sollen. Warum finden Kirchengemeinden mit ihren Gemeindehäusern und sozialen Einrichtungen hier keine Erwähnung? (ebd., S.526/527).

Insgesamt wird festgestellt, dass es noch viel zu wenig Kenntnis über die Wirkungsweisen unterschiedlicher Engagementförderstrategien gibt (ebd., S.525). Folgerichtig empfiehlt der Bericht deshalb sowohl die gezielte Förderung einzelner Formen des freiwilligen Engagements, als auch „konsensuale Formen der rechtlichen Anerkennung und Sonderstellung gemeinnützigen Handelns und Engagements von Vereinigungen in der Zivilgesellschaft und von Bürgerengagement (...), sei es durch Regelungen des Steuerrechts oder durch sozialpolitische Absicherung“ (ebd., S. 521).

Stellungnahme der kfd

Die kfd begrüßt die Darstellung der Vielfalt des Engagements im Bericht, die sich mit unseren Erfahrungen im Verband deckt. Sehr niedrigschwelliges soziales Engagement im sozialen Umfeld geht oftmals fließend über in mehr organisierte Formen der Beteiligung an Verbandsaktivitäten bis hin zur Übernahme formal definierter Ämter im Verband. Auch die Darstellung der fließenden Übergänge zwischen Geselligkeit, sozialem Engagement und Initiativen im vorpolitischen Raum entspricht den Erfahrungen in der kfd.

Insofern ist es befremdlich, dass im weiteren Verlauf des Berichtes eine bewusste Trennung von freiwilligem Engagement und politischer Partizipation vorgenommen wird. „Frauen in der kfd handeln aus ihrem Glauben heraus und bringen sich in gesellschafts- und kirchenpolitische Debatten ein, setzen Impulse und stellen Forderungen, die Gesellschaft und Kirche voranbringen und mitgestalten. Dies geschieht insbesondere durch das vernetzte und sozial-karitative Tun in den kfd-Gemeinschaften vor Ort: Weil die kfd sich als Solidargemeinschaft versteht, sind soziales, kirchliches und politisches Engagement immer eng miteinander verknüpft“ (vgl. Positionspapier der kfd: ehrenamtlich arbeiten, S. 5).

In Abgrenzung zum Engagementbericht, der bewusst diesen Begriff benutzt, verwendet die kfd den Begriff „Ehrenamt“ oder „ehrenamtlich geleistete Arbeit“. Dieser Begriff impliziert Arbeit, die dem Gemeinwohl zugutekommt und zusätzlich zu Familien- und Erwerbsarbeit geleistet wird. Sie ist als dritte Säule gesellschaftlich notwendiger Arbeit zu betrachten (Positionspapier S. 6).

Die kfd unterstützt die Anmerkung der Kommission, dass freiwilliges Engagement in der Daseinsvorsorge nicht Lücken in der Versorgung, die i.d.R. durch Markt bzw. Staat/Kommune abgedeckt werden sollten, schließen sollen. Engagement sollte sich von diesen Strukturen abgrenzen und entsprechende Leistungen von ausgebildeten Fachkräften zu einem angemessenen Lohn ausgeführt werden. Vielmehr noch sollte sichergestellt werden, dass Förderung ehrenamtlicher Arbeit nicht zur Streichung von Erwerbsarbeitsplätzen führt (Positionspapier S. 6). Freiwilliges Engagement kann dort unterstützend tätig sein, wo es um die Verbesserung der Qualität der Leistungen geht, bspw. durch zusätzliche Angebote.

Die kfd setzt hier situativ mit ihren verschiedenen Angeboten an. Damit leistet sie im Sinne des Engagementberichtes einen Beitrag zur sozialen Vernetzung im lokalen Umfeld. Beispielhaft sind dabei ihre Mitarbeiterinnen im Besuchsdienst der kfd, die monatlich bundesweit die Mitgliederzeitschrift „Frau und Mutter“ austragen und dies mit Besuchen der Mitglieder verbinden. Damit fördern sie die Verbindung, ggf. Vernetzung zwischen den Mitgliedern, nehmen Bedarfe und Nöte wahr und sorgen nach Möglichkeit für entsprechende Unterstützung.

Die kfd ist so auch lokale Plattform zum Austausch informeller Unterstützung und bietet Gemeinschaft, z.B. in Form regelmäßiger Treffen und thematischer Bildungsangebote. Aus diesem sozialen Kontakt heraus entstehen nicht selten Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation und des Lebensumfeldes: So Tagesmutterinitiativen, Kleiderkammern, Eltern-Kind-Gruppen, Flüchtlingshilfe u.a.

Basierend auf diesen Erfahrungen werden über die demokratische Vertretung der örtlichen Gruppen auf Diözesan- und Bundesebene Initiativen in den politischen Raum eingetragen, z.B. zur Stärkung pflegender Angehöriger oder von Frauen in Erwerbstätigkeit (EqualPayDay). Umgekehrt werden von Diözesan- und Bundesebene Impulse zu Projekten in den örtlichen Gemeinschaften gesetzt (Initiative „Häusliche Gewalt ist kein Schicksal“). Dieses demokratische, soziale und politische Potenzial eines demokratisch aufgebauten Zusammenschlusses von Ortsebene über regionale Strukturen bis zu einem Bundesverband findet im Engagementbericht wenig Beachtung.

Schlussfolgerungen und Konsequenzen

Zu den allgemeinen Rahmenbedingungen von Engagement

Die kfd stimmt mit der Empfehlung des Berichts überein, dass für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zum Engagement gestärkt werden muss, damit Freiräume und gute Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement entstehen.

Daher fordert die kfd

- Arbeitszeitgestaltungen und Gestaltung von Schule und Weiterbildung, die Zeit für Engagement in allen Lebensphasen lassen
- die Ausweitung der steuerlichen Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements
- eine Anerkennung in den sozialen Sicherungssystemen auf Basis einer ernsthaften Diskussion über die Anrechnung von Zeiten ehrenamtlichen Engagements in der gesetzlichen Rentenversicherung analog zu Kindererziehung und Pflege

- die Ausweitung der Anerkennung von im Rahmen des Engagements erworbenen Qualifikationen und ausgebauten Kompetenzen für die berufliche Weiterentwicklung und ihre Anwendbarkeit im Berufsleben
- die konsequente Vereinheitlichung, Weiterentwicklung und Bekanntmachung der existierenden Landesnachweise zur Anerkennung der Qualifikationen aus dem Ehrenamt

Zur Infrastrukturförderung

Die kfd unterstützt ebenfalls die Forderung nach mehr Infrastruktur für die Förderung von Engagement.

Bei dieser Forderung hat der Bericht jedoch vor allem Maßnahmen in der Kommune und im Quartier, wo das Engagement stattfindet, im Blick. Dadurch wird die besondere Bedeutung gerade der überörtlich organisierten Verbände und Vereine (neben der kfd zahlreiche andere katholische Verbände, aber auch z.B. Landfrauen und weitere bundesweit zusammengeschlossene Organisationen) übersehen.

Diese Organisationen bilden selbst eine Infrastruktur für Engagement. Sie bieten ihren Mitgliedern durch die jeweiligen Bundesverbände bzw. überregionalen Strukturen vielfältige Unterstützung (Weiterbildung, Informationen, Anregungen, Material) an, so dass ihr lokales Engagement weit über den eigenen Verband hinaus wirksam wird.

Daher fordert die kfd

- die Förderung von verbandsinternen Weiterbildungsmaßnahmen für Engagierte in Form finanzieller Förderung der Bildungsarbeit von Verbänden, auch wenn sie nicht projektbezogen ist. Eine solche Förderung könnte etwa an Teilnehmerintagen orientiert sein und Verbänden oder überregionalen Zusammenschlüssen zugutekommen.
- die Ausweitung der Infrastrukturförderung von Engagement über die lokale Ebene hinaus auf Strukturen, die im aktuellen Engagementbericht nicht betrachtet werden: überörtliche Gefüge wie Diözesan-, Landes- oder Bundesverbände
- die Berücksichtigung aller bereits engagierten Vereine und Gruppierungen bei der Infrastrukturförderung im lokalen Kontext, um nicht an bestehenden Strukturen vorbei zu agieren

Literatur

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg):
Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. BMFSFJ, Mai 2017

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg):
Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Engagementmonitor 2016. BMFSFJ, November 2016

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V.:
Positionspapier „Ehrenamtlich arbeiten“. Düsseldorf, November 2013, 2. Auflage